

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Bräsestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
***** Als blendendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Das Akkordlohnsystem in der Porzellan- und Steingutindustrie.

Die Lohnverhältnisse der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen sind unhaltbar geworden. In voriger Nummer der „Ameise“ hat der Kollege M. darauf verwiesen. Heute sei einem Kollegen aus dem Betrieb gestattet, einige Ausführungen zu machen. Ich bin der Auffassung, daß die Schuld an den außerordentlich niedrigen Löhnen in der Porzellanindustrie die Akkordarbeit trägt. An unserem Akkordsystem scheitert jede vernünftige Entlohnung. Es muß hier zuerst gegeben werden, daß es Betriebe und Betriebsleitungen gibt, die unser Akkordsystem, das Stückpreismachen, das Festlegen der Leistungsziffern einigermaßen vernünftig handhaben. Aber der größte Teil der Betriebe, und hier sind es wieder die Betriebsleiter, die „Ober“ usw., die sich rühmend hervortun und jede Loyalität vermissen lassen. Was diese Herren aus den Knochen der arbeitsamen Porzellanherauszubringen ver-
suchen, acht bald auf keine Kuhhaut mehr. Der Sinn unserer Tarifvertragsbestimmungen wird dabei mit Füßen getreten. Ich persönlich kenne den Tarifvertrag so einigermaßen; ich kenne immer und immer wieder, wenn ich sehe, wie die Betriebsleitungen hier nehmen ich an, daß diese aus eigenem Wissen die Schaulheit gar nicht besitzen, sondern daß über-
sichne Syndicat und Sozialdirektoren, die ihre Befähigung nachweisen müssen, die Tarifvertragsbestimmungen un-
begreifen. Gerade das Gegenteil von dem, was ehemals beide Vertragsparteien wollten, wird heute aus den Bestimmungen herausgeholt. Wo kommt heute ein tüchtiger, ein fleißiger Akkordarbeiter noch in den Genuß des Verdienstes, den er wirklich für seine Kraft beanspruchen könnte?

Nur bei einigen Spitzenverdienern, die zu Reklamezwecken gebraucht werden, wird dies der Fall sein. Selbst der fleißigste Akkordarbeiter fällt in der Sparte unter dem Begriff „Durchschnittsarbeiter“; für diese wird der Stückpreis fest-
gesetzt, und damit ist sein Schicksal besiegelt. Mehr und mehr kann man feststellen: die Akkordbasen sind Höchstlohnsätze ge-
worden, die Sparten, die darüber, viel darüber verdienen, sind zu zählen. Und ist dies ein Lohn, 68 Pf. plus 8 Proz. für einen Facharbeiter, der im Akkord arbeitet, in der Preisklasse A, in Städten wie Dresden, in Magdeburg, Bonn a. Rh. usw.? 74 Pf. Akkordbasis. Diese Wannage muß ein jeder erst erschnappen, währenddessen andere Berufs einfach im Zeitlohn vielfach 25 Pf. mehr Lohn haben.

Dabei kommen Berufs in Frage, die anerkanntermaßen mit einem Dreifachen Porzellanmacher oder mit einem Magdeburger Bedenbrecher nicht in Vergleich gestellt werden können. In Berlin hatte ein Maurer schon Ende April 1,15 Mk. pro Stunde im Zeitlohn, dazu 1 1/2 Proz. Aufschlag für Werk-
zeug, in Dresden 95 Pf. Lohn und denselben Aufschlag, in Dresden 1,01 Mk., in Magdeburg 95 Pf., in Wismar 91 Pf., immer hierzu 1 1/2 Proz. Aufschlag für Werkzeug. Ein Bauhilfsarbeiter hatte in Berlin ebenfalls Ende April 90, in Dresden 78, in Dresden 90, in Magdeburg 85, in Wismar 80 Pf. Stundenlohn.

Nun vergleiche man mit einem Bauhilfsarbeiter bei uns die Leute, die in den Brennhäusern arbeiten. In dieser Höhe auf Erden. Weiter vergleiche man hierbei die Frauenlöhne und die Löhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeit an und in unseren Brennhäusern ist bestimmt anerkann-
t und noch viel verantwortungsvoller. Ein Stubenmaler verdiente im April im Stundenlohn in Berlin 115, in Dresden 90, in Dresden 102, in Magdeburg 95, in Wismar 100, in Wismar 96 Pf. Ein Stukkateur verdiente zur selben Zeit in Berlin 145, in Dresden 130, in Dresden 130, in Magdeburg 130, in Wismar 135, in Wismar 113 Pf. Können wir uns in unserer Industrie als Modeller, als Formengießer, als Modellabgießer, als Kunstformer usw. mit einem Stukkateur vergleichen? Ich überlasse das Urteil meinen Kollegen, die jahrelang die Zeichen- und Modellierschule besucht haben, die jahrelang sich für diesen Beruf vorbereiten mußten. Ein Züchler aus der Möbelindustrie hatte im April in Berlin 95, in Dresden 70, in Dresden 78, in Magdeburg 75, in Wismar 82, in Wismar 86, in Wismar 73 Pf. Stundenlohn. Ein Buchdrucker hatte in Dresden 84, in Dresden 85, in Magdeburg 84, in Wismar 87,5, in Wismar 85,8, in Wismar 84 Pf. (Im Buchdruckerstand sind Wochenlöhne vereinbart, die hier in Stundenlöhne umgerechnet sind.) Die tariflichen Mindestsätze der Maschinenführer sind 20 Proz. höher. In Wirklichkeit sind die Verdienste der Maschinenführer 25 bis 30 Proz. höher als die tariflichen Sätze. In der chemischen Industrie, in der Lebensmittelindustrie, sogar in der Textilindustrie sind die Tariflöhne höher als in der Porzellanindustrie, und die Verdienste erst recht. Schuster, Schneider, Brauereiarbeiter, Gemeindeführer, gelehrte und ungelehrte, als Eisenbahnarbeiter verdienen mehr als wir als Qualitätsarbeiter. Ein unhaltbarer Zustand! Bei allen oben angeführten Löhnen sei bemerkt, daß es Tariflöhne sind, die durch die Verdienste vielfach weit überschritten werden. In unseren Brennhäusern müssen die Defen bei 60 bis 80 Grad Hitze ausgenommen werden. Aber das dürfte m. G. kein Arbeit-
machen; hier müßten die Gewerbeinspektionen mit Eingaben bombardiert werden. Die Arbeiter sollten sich weigern, solche Defen auszunehmen. Unter Gefahren für die Gesundheit braucht diese Arbeit kein Mensch zu machen, zumal es in ordentlich geleiteten Betrieben nicht ver-
sucht wird. Wir haben eben Schindbuben, darunter Nachkriegsentschungen, die eigentlich keine Existenzberechtigung haben. Kein Mensch kann verlangen, daß wir diese Betriebe mit durchhalten, vielleicht gar unser Lohnniveau nach diesen abstellen. Wir ist solch eine Nachkriegs-
entschungen bekannt, eine Steingutfabrik mit circa 120 Beschäftigten, in dieser sind außer dem Chef noch 15 Beamte be-
schäftigt. Da gibt's Direktoren, Betriebsleiter, Betriebs-
assistenten, Profuristen, Buchhalter, Expedienten, Aufseher, Überwacher, Oberbrecher usw. Und diese werden vom ersuch-
ten Gewinn bezahlt. Der Chef hat natürlich ein Auto und eine Jagd. Auf Grund unseres Tarifvertrages hat solch eine

Firma ihre Existenzberechtigung und macht schließlich anderen Firmen, die nobler sind, noch obendrein Konkurrenz. Ist so etwas richtig? Liegt dieses im Interesse der Unternehmer? Ich sage nein! Das können auch selbst die Unternehmer nicht wollen. Aber durch ihr Sperren gegen bessere Bezahlung, gegen eine gerechtere Auslegung und Anwendung der Tarifvertragsbestimmungen werden solche Blüten getrieben und solche Schindbuben am Leben erhalten.

Wir Porzellanarbeiter müssen unter allen Umständen eine andere, eine gerechtere und bessere Bezahlung für unsere Leistungen fordern. Das Groß der gelehrten Facharbeiter mit dem, was im Tarif als Mindestlohn, als Grundlage für die Stückpreisberechnung festgelegt ist, abweisen zu wollen, ist Ver-
stärkung gegen die Vertragsbestimmungen. Die Akkordbasen müssen das bleiben, was sie ehemals waren, sie müssen bleiben als das, was sie gedacht haben: die Grundlage, das Mindeste, das wenigste, eben die Basis für die Berechnung des Stückpreises, nicht aber die Spitze für die Berechnung des Verdienstes. Erst dann wird Akkordarbeit die Würdigung erfahren, die ihr gehört. Und das muß allen Sparten, gleich-
gültig, ob gelehrten oder ungelerten Arbeitern, zugute kommen. In allen Abteilungen und Sparten franten wir an den zu niedrig bemessenen Akkordbasen. Man bindet die Arbeiter und Arbeiterinnen einfach an die Akkordbasen. Diese sind Höchstlohn, Lohn für die Tüchtigen, und bei irgendwelchen Ver-
gleichen werden Durchschnittsverdienste errechnet, die einfach keine sind, weil man nicht ganze Gruppen und Sparten von anerkannt tüchtigen zu Durchschnittsarbeitern degradieren kann. Erkennt man auf Unternehmerseite diesen Grund nicht an, so schaukeln sie der Akkordarbeit das Grab. Uns Porzellanheraus könnte dieses recht sein; wir wären die letzten, die der Akkordarbeit eine Kränze nachzuweisen bräuchten. Nur soll man nicht die Arbeiter verantwortlich zu machen versuchen für Dinge, die ohne ihr Zutun entstehen.

Und wir Arbeiter müssen, solange dieses Akkordsystem noch besteht und von rabulistisch gesonnenen Unternehmern ausgelegt wird, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür ein-
treten, daß die Akkordpreise so festgelegt werden, daß jeder Arbeiter den ihm zukommenden Lohn auf Grund seiner Leistung verdient.

Wir müssen die Arbeitszeit genau innehalten, damit die Unternehmer nicht hohe Stundenverdienste erzielen können, die gar nicht erzielt wurden, sondern nur er-
scheinen, weil man die Verdienste durch eine zu niedrig angelegte Wochenlöhnezahl dividiert. Wir müssen mit unseren Kräften haushalten, nicht daß der Porzellanheraus mit 40 Jahren verbanket ist.

Setzt euch richtige Stückpreise fest. Kämpft schon bei der Festlegung um die Stückpreise, nicht erst, wenn ihr durch zu niedrige festgesetzte Stückpreise zu wenig verdient. Hier wird das Werk beim Schwanz aufgezäumt. Ihr habt ein Recht auf Festlegung der Stückpreise nach einem Durchschnittsarbeiter.

Revidiert eure Stückpreise, verlangt Nachprüfung der zu niedrig bemessenen Stückpreise. Der Stückpreis eines jeden Artikels muß so sein, daß ein Durchschnittsarbeiter mit ihm die Akkordbasis mindestens erreicht. Der Stückpreis ist noch lange nicht richtig, wenn die gesamte Sparte im Durchschnitt die Akkordbasis oder auch darüber verdient. Und der einzelne Stückpreis ist noch lange nicht richtig, wenn ein Mann mit vielen Artikeln in einer Lohnperiode die Akkordbasis oder darüber verdient.

Laßt das Akkordsystem nicht zum Morbium ansetzen. Strengste Disziplin jedes einzelnen ist geboten. Von unserer Organisationsleitung verlangen wir selbst-
verständlich Pünktigkeit bei laufenden Abkom-
men zum ersten Termin. Bis dahin leisten wir Gewerkschaftsarbeit. Gewerkschaftler sein, heißt Kämpfer sein. Porzellanheraus zeigt, daß ihr welche seid.

Gustav Krüger.

Zur Frage der gewerkschaftlichen Organisation.

In Nr. 19 der „Ameise“ brachten wir eine Ab-
handlung des Genossen Fritz Tarnow zum Or-
ganisationsproblem der Gewerkschaften. Um nun
auch eine andere Meinung zum Wort kommen zu
lassen, bruden wir den Teil aus „Zur Frage der
gewerkschaftlichen Organisationsform“ von Karl
Kling im „Gewerkschaftsarchiv“ ab, der sich
hauptsächlich mit Tarnows Ausführungen beschäftigt.
Aus diesen und den schon gebrachten Darlegun-
gen können unsere Mitglieder ersuchen, wie unklar
der Weg noch ist, um zu den praktischeren und
vorteilhafteren Organisationsformen für die Ge-
werkschaften zu kommen.

Da mangelt geistiger Voraussetzungen und Vorbereitungen
die Lösung der Frage der Neuordnung der gewerkschaftlichen
Organisationsform naturgemäß äußerliche Schwierigkeiten be-
reitet und, wie Mitglieder der vorbereitenden Kommission sich
geäußert haben, bei näherer Untersuchung immer komplizierter
wird, so ist es erklärlich, wenn nach anderen Lösungen der Or-
ganisationsfrage Ausschau gehalten wird. Ein solcher neuer
Lösungsversuch liegt jetzt vor. Er stammt von einem Mit-
gliede der vorbereitenden Kommission, dem Genossen Fritz
Tarnow. Dieser Lösungsversuch besteht darin, daß Genosse
Tarnow vorschlägt, den ADGV, die gewerkschaftliche Dach-
organisation, weiter auszubauen und legt am Schluß einer
dahingehenden Untersuchung:

„Wer die Dinge von dieser Seite aus betrachtet, wird
leicht erkennen, daß für die Interessen der gesamten

Arbeiterklasse die Frage einer Änderung der Organisations-
form bei den Einzelverbänden herzlich unbedeutend ist
gegenüber der viel wichtigeren Frage, wie die Gesamtorga-
nisation, der Bund, vollkommener ausgebaut werden kann.
In dieser Richtung ist die weitere Entwicklung der Gewerk-
schaftsbewegung zu suchen.“

Dieser Lösungsversuch, der darauf hinausläuft, die Selbst-
ständigkeit der einzelnen Verbände einzuschränken, um sie, wie
Tarnow sagt, „in den Rang von Unterabteilungen der Gesamt-
organisation einrücken zu lassen“, würde letzten Endes auf den
öfter gemachten Vorschlag einer Einheitsorganisation hinaus-
laufen. Aber gerade dieser Vorschlag wird aus der im vorigen
Abschnitt dargestellten inneren Problematik humanistische
(Gruppeninteressen) keine zeitgemäße Lösung des Problems be-
deuten. Schwierigkeiten leicht man nicht aus, indem man ge-
wisse Entwicklungsstufen zu überspringen sucht. Aber wir
müßten noch aus anderen Gründen von vorher die Akk-
tionen zerstören, als könnte von dieser Seite her das gewer-
schaftliche Organisationsproblem zufriedenstellend gelöst wer-
den. Gerade aus der soziologischen Lage, in der sich zurzeit die
Gewerkschaften befinden, heraus könnte nichts verhängnisvoller
wirken, als wenn durch einen Überzentralismus ein
gewisser gewerkschaftlicher Militarismus herangezogen werden
würde. So sehr die weitere Zentralisation vielleicht verwalt-
ungstechnisch erwünscht sein mag, so haben die Gewerkschaften
in dem jetzigen Stadium ihrer Entwicklung nichts notwendiger,
als in der Mannigfaltigkeit ihre geistigen Qualitäten zu ent-
wickeln. Das Industrieverbandsprinzip hat seine geistigen
Wurzeln in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, in
den Wirtschaftsprinzipien der Gegenwart, den Konzentrations-
prinzipien. Häufig also mit dem Funktionswandel und
nein sich bildenden, aus der Gegenwart erwachenden gewer-
schaftlichen Prinzipien aufs innigste zusammen. Daran ändert
auch nichts, daß das Industrieverbandsprinzip zum Teil heute
noch unter dem Gesichtswinkel der Schaffung neuer gewer-
schaftlicher Größenverhältnisse steht, anstatt theoretisch voll-
ständig, wie es zu wünschen wäre, unter dem Prinzip des Funk-
tionswandels der Gewerkschaften in veränderter Gesellschaft.
Überzentralismus hat aber nicht die Elemente neuer Funk-
tionen in sich, sondern will die bisherigen Funktionen nur an eine
übergeordnete Stelle abtreten und von einem Punkte aus diri-
gieren. Er gibt also nicht die Plattform zur Erweiterung
geistiger Qualitäten, sondern verringert den geistigen Ent-
wicklungsraum. Denn der Zentralismus sucht die Pro-
bleme nicht in geistiger Mannigfaltigkeit, sondern mit Unter-
ordnung, mit Disziplin, zu lösen. In einem überzentralistischen
System ist es schwer, wenn nicht gerade unmöglich, neue Ideen
und geistige Qualitäten zu entwickeln. Man denke an Moskau
und das neue Kaputtum des russischen Generalrats. Über-
zentralismus mag zwar eine bequeme Sache für diejenigen, die
an der Spitze stehen, sein, aber darauf kommt es in einer
großen Bewegung nicht an, sondern auf Fortschritt und Höher-
entwicklung. Im jetzigen föderalistischen Prinzip geht der
Druck von der unteren Mannigfaltigkeit nach oben, im Über-
zentralismus hört dieser Druck auf und schlägt in Unter-
ordnung und Nachordnung um. Aber in Nach- und Unter-
ordnung wird kein Fortschritt geboren, sondern im vielseitigen
und mannigfaltigen Meinungsstreit.

Die Organisationsform der deutschen freien Gewer-
schaften war seit ihrem Neuaufbau im Jahre 1890 in den
Einzelverbänden die zentralistische Form, das Verhältnis der
Einzelverbände zur gewerkschaftlichen Spitze, der General-
kommission, föderalistisch. Auf dem Münchener Gewerkschafts-
kongress im Jahre 1919 wurde die Generalkommission in den
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund umgewandelt, aber
an dem bisherigen Grundprinzip, der Selbstständigkeit der ein-
zelnen Verbände, d. h. an dem föderalistischen Prinzip, wurde
nichts geändert.

Der zentralistische Aufbau der freigewerkschaftlichen Einzel-
verbände hat sicher dazu beigetragen, der deutschen freigewer-
schaftlichen Bewegung zu ihren Erfolgen und ihrer Bedeutung
zu verhelfen. Der Halberstädter Gewerkschaftskongress (1892)
stand unter einem glücklichen Stern, als er das föderalistische Or-
ganisationsprinzip ablehnte und sich für das zentralistische Ge-
werkschaftsprinzip entschied. Auch die jetzigen oder die kommen-
den Industrieverbände können oder werden den inneren Zen-
tralismus nicht entbehren können. Das zentralistische System
ist, wie wir schon gesagt haben, das brauchbarste und erfolg-
reichste System im offenen Kampfe. Die gewerkschaftliche
Arbeit der Vorkriegszeit war neben anderen vor allem ein un-
unterbrochener Kampf nach zwei großen Fronten: der Front
des wirtschaftlichen Geainers und der Front des Staates und
seiner Organe. Und in diesem Kampfe hat sich das strenge
zentralistische System als überlebensfähig gezeigt. Aber
trotz der starken Bedrängung von den erwähnten zwei großen
Fronten aus reichte der einfache Zentralismus in Abwehr wie
in Angriff aus. In einem Überzentralismus, einer dirigi-
erenden Spitze mit nachgeordneten Unterabteilungen dachte
niemand. Das Verhältnis der Einzelverbände zu der General-
kommission blieb ein föderatives, ein Bedürfnis nach Über-
zentralismus war nirgends zu bemerken.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse für die Gewerk-
schaften infolge der bekannten Zeitereignisse erheblich ge-
wandelt. Die Stellung zum Staat ist eine grundständig andere
geworden. Der Kampf des Staates und seiner Organe gegen
die Gewerkschaften hat aufgehört oder ist doch auf ein Mini-
mum eingeschränkt. Selbst die offenen Kämpfe mit dem wirt-
schaftlichen Geainer sind durch das fortgeschrittene Tarifver-
tragswesen weniger geworden. Wenn nun früher, wo die Ge-
werkschaften in ständiger offener Kampfstellung mit den bezeich-
neten starken Geainern standen, ein Bedürfnis nach durch
Überzentralisation gesteigerter gewerkschaftlicher Kampfkraft
sich nicht zeigte, so dürfte unter den veränderten Verhältnissen
jetzt ein solches Bedürfnis wohl auch nicht vorhanden sein.
Und um nur eine Vereinfachung der Verwaltung der Einzel-
verbände herbeizuführen, da wäre mit der Opferung der Selbst-
ständigkeit der Einzelverbände denn doch ein zu großer Auf-
wand nutzlos vertan. Die Lage der Gewerkschaften ist auch da-

hin eine andere geworden, daß sie nicht nur im Kampf um ihre Existenz und ihren Lebensstandard stehen, sondern darüber hinaus ihren subjektiven Charakter als Element in der Gesamtwirtschaft mehr und mehr betonen. In der Verfassung als gleichberechtigter mit den alten Wirtschaftsgewalten theoretisch und staatsrechtlich anerkannt, liegt aber die Erfüllung dieser Theorie in der Praxis bei den Gewerkschaften. Hier liegt auch der erwähnte gewerkschaftliche Funktionswandel. Die Gewerkschaften stehen heute in den allerersten Anfängen dieses in der Wirtschaftspraxis liegenden Funktionswandels. Wenn auch vom großen gewerkschaftlichen Hauptfunktionswandel noch nicht klar erkannt bzw. über gewisse instinktive Gefühle nicht herangefommen ist, so liegt dennoch auf diesem Gebiete eine der gewerkschaftlichen Hauptfunktionen in der Gegenwart und der nächsten Zukunft. Die Wirtschaftspraxis selbst ist von der gewerkschaftlichen Theorie als groß und vielgestaltig erkannt, und durch die Praxis entstehen fortgesetzt neue Komplexitäten und damit neue Fragekomplexe. Da heißt es, geistige Qualitäten entwickeln, um diese Schwierigkeiten zu meistern, zumal der Gegner naturgemäß keine Reue hat, Komplexitäten und Schwierigkeiten zu vereinfachen. Neben der großen allgemeinen Wirtschaftspraxis kommt dann noch die besondere für die Einzelindustrien. Also eine kaum übersehbare Vielgestaltigkeit. Nur Bewältigung dieser vielgestaltigen Wirtschaftspraxis gehört auch ein mannigfaltiger Angriff des Gesamtproblems. Ist es aber möglich, im gewerkschaftlichen Ueberzentrismus diese notwendige Mannigfaltigkeit der geistigen Qualitäten zu entwickeln? Niemand wird dies behaupten wollen.

Der Hinweis, daß das gewerkschaftliche Bildungsweien rationaler gestaltet werden könnte, ist wohl richtig, aber es kommt beim Bildungsweien auch wieder nicht auf das Rationale an, sondern auf die Mannigfaltigkeit. Es dürfte gewiß nicht ideal sein, wenn nach einem von einer Zentrale aufgestellten Bildungsschema gepaukt und gedrillt wird. Das mag vielleicht noch gehen, um Verwaltungsbeamte mittleren Grades heranzubilden. Aber nach unserer Auffassung hat das Bildungsweien auch noch einige andere Zwecke und Aufgaben. Was wir brauchen, ist eine gewerkschaftliche Intellektuellensicht. Solche Werte werden aber von keinem Ueberzentrismus geschaffen. Man lerne doch vom Bürgerturn. Sieht man hier einen Ueberzentrismus und Schematismus zur Entwicklung ihrer geistigen Qualitäten und zur Lösung ihrer Problematik? Nein, das Bürgerturn greift seine Problematik in der vielfältigen Weise an und hat zu diesem Zweck eine besondere Intellektuellensicht sich heranzubilden lassen, die ihre Problematik von den aller verschiedensten Seiten aus angreift und behandelt, um im Meinungstreit zu möglicher Vollkommenheit zu kommen. Es weiß, daß nur im Widerspruch und Meinungsstreit nach dem Gesetz von These-Antithese-Synthese die höhere Einheit geboren werden kann.

Der vom Genossen Tarnow vorgeschlagene Ueberzentrismus wirkt abkühlend nach unten und würde auch die Initiative der Einzelverbände erheblich einschränken, ohne Garantie zu geben, daß bei der obersten Zentralstelle die Initiative und der Gedankenreichtum in diesem System dafür reichlicher fließen könnte. Geistige Qualitäten sind für die Gewerkschaften aber gerade in dieser Zeit der Zwischenwelten und der Frühphase neuer gewerkschaftlicher Funktionen bitter notwendig. Daher muß man der gewerkschaftlichen Gedankenarbeit und Ideenbildung Quellen und Antriebe erschließen, aber nicht die bisher fließenden Quellen verstopfen wollen. Dies letztere ist aber durch einen gewerkschaftlichen Ueberzentrismus zu befürchten. Unsere Zeit ist außerdem gekennzeichnet durch das Streben nach Demokratie auf allen Gebieten und nach reichhaltiger Entwicklung der Geisteskräfte. Es wäre gefährlich, wenn die Gewerkschaften durch Rückfall in ein aristokratisches Organisationsystem das demokratische System des Föderalismus aufheben würden. Denn Ueberzentrismus ist mit Aristokratie, also der Herrschaft und Willensbestimmung einer übergeordneten Elite, vergleichbar. Im jetzigen föderalistischen System verkörpert sich dagegen die innere Demokratie, die mit Gleichheit, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung demokratisch wirkender Verbände identisch ist. Aus den angeführten Gründen dünkt es uns, daß das jetzige innergewerkschaftliche Organisationsystem — ein mächtiger, in der inneren Eigenverwaltung demokratisch wirkender Zentralismus in den Einzelverbänden und Föderalismus nach der Spitze — ohne Schaden noch weiter das geordnete innere Organisationsprinzip für die Gewerkschaften bleiben kann.

Wir glauben damit zur Klärung des Problems beigetragen zu haben. Zusammenfassend können wir sagen, daß das gewerkschaftliche Organisationsystem im allgemeinen sich dem herrschenden Wirtschaftssystem anpassen muß. Im zurzeit herrschenden Wirtschaftssystem ist das Konzentrationsprinzip das wichtigste. Das müssen auch die Gewerkschaften bei ihrer Organisationsform berücksichtigen. Aus den zurzeit und in weiterer Zukunft herrschenden wirtschaftlichen Hauptprinzipien heraus muß daher das durch den Industrieverband verkörperte gewerkschaftliche Konzentrationsprinzip in den Vordergrund gestellt werden. Aber man darf auch nicht übersehen, daß in der Wirtschaft neben dem herrschenden Hauptsystem auch immer noch ältere Systeme laufen. Die Wirtschaft wird in ihren

Normen nicht einfacher, sondern immer reichhaltiger. Das führende Wirtschaftssystem läßt immer noch Raum für die früher einmal herrschend gewesen Systeme oder Wirtschaftssysteme. Das ist überaus wichtig für das Problem gewerkschaftlicher Organisations-Neuordnung. Daher keine Schematisierung und kein gewerkschaftlicher Mechanismus. Neben dem Industrieverbandsprinzip, das zweifellos bei der Vorherrschaft wirtschaftlicher Konzentration bringend notwendig ist, haben wir zu einem gewissen Grade auch Berufsverbände zunächst noch eine gewisse Daseinsberechtigung. Aber Einzelkämpfer und Berufsverbände kann weder die neue gewerkschaftliche Wirtschaftspraxis zur Lösung bringen, noch die neu entstandenen Funktionen der Gewerkschaften schöpferisch mit Leben erfüllen. Die zum gewerkschaftlichen Funktionswandel notwendigen Qualitäten kann man nach dem auf diesen Blättern gemachten Vorlesungen nur das Industrieverbandsprinzip entwickeln, weil es gegenüber dem in der großen Gesamtwirtschaft vorherrschenden Konzentrationsprinzip ein ebenbürtiges Prinzip darstellt. Der gewerkschaftliche Ueberzentrismus ist aber auf jeden Fall in der neueren Entwicklung schädlich, denn nicht Aristokratie, sondern Demokratie ist das große aufbauende Element neuerzeitlicher gesellschaftlicher Neuordnung.

Der deutsche Bauernkrieg.

(Eine Klassenkampfstudie.)

In diesen Tagen sind gerade 400 Jahre verflossen, seitdem sich das ländliche Proletariat in Süddeutschland erhob und gegen seine Grundherren, Adel und Kleriker, weltliche und kirchlichen, zu Felde zog. Der Kampf, in der Geschichte unter dem Namen „Deutscher Bauernkrieg“ bekannt, ist einer der blutigsten und entsetzlichsten, den die Welt überhaupt gesehen hat. Er endete, hauptsächlich wohl infolge Uneinigkeit und Kriegsunfähigkeit der Bauern, mit der Niederlage der Proletarier. Die Sache der Sieger war juchend. Ganze Familien wurden ausgerottet, und selbst in kleineren Bezirken, im Schwarzwald, in Schwaben, in der Gegend von Strahlburg usw. zählte die Zahl der Opfer nach Tausenden. Das Blut floß in Strömen. Der Kampf war aber damit keineswegs abgeschlossen. Die wirtschaftlichen Ursachen, die ihn zugrunde lagen, besonders die wüsten Agrarkrise, führte auch noch in den nächsten 150 Jahren zu blutigen Konflikten und Zusammenstößen, die jenen Klassenkampf des deutschen Bauerntums im Mittelalter charakterisieren.

Um den Klassenkampfcharakter der Bauernkriege zu begreifen, ist es notwendig, die Wirtschaftsverhältnisse jener Zeit kennen zu lernen. Bis zum Jahre 800 hat sich in Westeuropa eine ganz bestimmte Wirtschaftsstruktur herausgebildet. Die Grundlage der ganzen Wirtschaft war die Landwirtschaft, während das eigentliche Handwerk nur eine Rolle in der Stadtwirtschaft spielte und der Handel vorzugsweise international tätig ist. Der Kaufmann war im Lande selbst zwar gegenüber heute höchst mangelhaft entwickelt. Dem Bauer, der noch im Besitz von genügend Grund und Boden ist, geht es sehr gut und seine soziale Stellung ist verhältnismäßig stark. Davon zeugen vor allem die nach heutigen Begriffen direkt phantastischen Preise für die ländliche Arbeitskraft (Löhne). Um 1800 herum verdiente der Tagelöhner im Bezirk Nachen noch pro Tag den Gegenwert von zwei Gänzen. Noch später zahlte man in Sachsen für einen Durchschnittstagslohn wöchentlich noch immer 6 bis 8 Groschen. Damals kostete ein Schaf 4 Groschen, ein Paar gute und dauerhafte Schuhe 2 Groschen und ein Pfund Rindfleisch 2 Pfennige. Man kann sich also an Hand dieses „Tenerungsbildes“ dem sehr hohen Reallohn selbst errechnen.

Die Verhältnisse ändern sich aber gründlich um das Jahr 1350 herum. Um diese Zeit ungefähr hört die Besiedlung des östlichen Deutschlands, das man den Slaven entziffen hat, auf. Bis dahin floß der Menschenüberfluß Westeuropas nach den Slawenländern an der Elbe und der Oder (Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Schlesien usw.). Diese Slawenländer spielten für den Arbeitsmarkt Westeuropas damals dieselbe Rolle, wie Amerika vor ungefähr 60 bis 70 Jahren, als es ungezählte Auswanderer aus Europa aufnahm. Der Abbruch der Besiedlung der Slawenländer dürfte damals auch so empfunden worden sein, wie heute die amerikanische Einwanderungsverbot, die der Einwanderung europäischer Nacharbeiter und Bauern nach Amerika im Wege steht. Die Folge der Unmöglichkeit, den Bevölkerungsüberschuß nach den Slawenländern zu dirigieren, war für Westeuropa zunächst ein recht schnelles Anwachsen der Bevölkerung. Diese schnelle Vermehrung hatte aber ganz bestimmte Auswirkungen auf die Eigentums- und Besitzverhältnisse. Früher, bis ins 13. und 14. Jahrhundert hinein, besaß der Bauer in Westeuropa an Grund und Boden ungefähr eine Hufe. Dieser Besitz, ungefähr 30 bis 40 Morgen groß, langte für die Ernährung seiner Familie. Der Besitz erhielt sich in dieser Größe und stellte eine sogenannte Ackerabnutzung dar, solange die überflüssige Bevölkerung Westeuropas neuen Boden und neuen Acker fand. Die Vermehrung der Produktionsmittel war also unbeschränkt. Als die Wanderungen nach dem Osten aber aufhörten, konnten die Produktionsmittel nicht mehr beliebig vermehrt werden. Deshalb schritt man in Westeuropa zur Teilung der Güter. Wo es früher nur Hufe

gab, entstand Viertel und Achtelhufe, die nicht mehr groß genug waren und nicht mehr ausreichten, eine Familie zu ernähren. In der Weiterentwicklung war dann auch eine weitere Teilung nicht mehr möglich. So entstand ein ländliches Proletariat, das in den Bauernkriegen später gegen die Grundherren zu Felde zieht. Das Merkmal dieser Bevölkerungssicht war die Tatsache, daß sie kein Land, keine Produktionsmittel mehr hatte. Die Landlosen waren also reines Proletariat. Die Entwicklung verläuft sich durch Eingriffe der Grundherren, die die Lage des Bauernstandes benutzten, um Güter einzuziehen. Die Güter wurden ausgelacht und zu kleinsten Teilen gegen hohen Ring verpachtet. Hand in Hand ging damit die Umwandlung der Abgaben von Grund und Boden in eine persönliche Abgabe, wodurch der sogenannte Leibeigene geschaffen wird, der das spätere Mittelalter und auch die Bauernkriege des 15. und 16. Jahrhunderts charakterisiert. Bei der Landlosmachung des Bauern, der Expropriation, der Enteignung, spielte dann später der Zinswucher eine große Rolle. Der Bauer, der noch frei war und noch Land hatte, war gezwungen, Geld aufzunehmen, wenn eine Forderung zu bezahlen war und die hohen Abgaben nicht aufgebracht werden konnten. Geld war zu jener Zeit aber sehr teuer. Man bezahlte im Jahre 1400, 80, aber auch wohl 100 Prozent. Gewöhnlich endete das Kreditnehmen des Bauern damit, daß er Haus und Hof verlor und ins ländliche Proletariat verfiel. So entstanden jene ländlich-landlosen Bauern, jene Klassenkämpfer, die in den Bauernkriegen, ausgerüstet durch wirtschaftsreformistische Geheimbünde, wie den „Wunderstab“ und den „Armen Kontrab“, zu Felde zogen, um die ihnen fehlenden Produktionsmittel zu erlangen.

In dem Zusammenhang zwischen Agrarkrise und Bauernkrieg darf vor allem die Rolle nicht vergessen werden, die die Technik gespielt bzw. nicht gespielt hat. Bekanntlich ist die Technik kein Ding für sich. Sie erfordert vielmehr Voraussetzungen, die durch die Besitz- und Eigentumsverhältnisse bedingt werden. Das zeigt vor allen Dingen die Geschichte des Bauernkrieges. In Westeuropa hätte auch nach 1350 der vorhandene Acker zweifellos für die wachsende Bevölkerung gereicht, wenn seine Erträge durch technische Verbesserungen hätten gesteigert werden können. Dem standen aber die Besitz- und Eigentumsverhältnisse entgegen. Der Grundherr, der das Land, die Produktionsmittel beherrschte, war nur auf Steigerung des Bodenzinses und der Bodenrente bedacht. Eine Verbesserung der Wirtschaftsweise war ihm gleichgültig, da sie ja im Anfang der Bodenzinssteigerung nur eine Vermehrung der Bodenzinssteigerung bedeutete. Der Bauer selbst mußte den Fortschritt der Technik in der Landwirtschaft nicht in Frage, da sein Acker zu klein und atomisiert und der Bauer selbst zu arm war und nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügte. Zu jener Zeit, wo der Klassenkampf seinen blutigen Ausbruch entgegentrieb, also noch vor dem Jahre 1600, waren wichtige Erkenntnisse landwirtschaftlicher Technik, wie die Vorzüge des Fruchtwechsels und die unerhörte wichtige Erfindung der Rechenmaschine bekannt. Sie fanden aber keinen Eingang in die landwirtschaftliche Praxis, und so blieb es bei der Dreifelderwirtschaft mit der Brache, der ungenügenden Bearbeitung und Düngung des Bodens und, soweit die Viehzucht überhaupt ernstlich in Frage kam, bei der unrentablen Weidewirtschaft. So betrieb man schon Landwirtschaft seit dem Jahre 800, und bei der Väterweise blieb es auch im großen und ganzen bis ins 19. Jahrhundert hinein.

Unsere kurze Betrachtung zeigt folgendes: Der Bevölkerungsüberschuß begrenzt die Produktionsmittel, verknappt die Nahrungsbede und macht so technische Verbesserungen in der Wirtschaftsweise und Neuordnung in den Besitzverhältnissen notwendig. Weil die herrschende Klasse, Adel, Kirche, Städte usw., sehr kurzfristig die überholten Eigentumsverhältnisse verteidigen und behaupten, kann sich die technische Verbesserung, die in der Theorie vorhanden ist, praktisch in der Wirtschaft nicht durchsetzen. Dieser Zusammenstoß führt zu dem blutigen Bauernkrieg. Der Bauernkrieg selbst ist so der Ausdruck eines gigantischen Klassenkampfes im deutschen Mittelalter. Nicht er selbst, nicht die naturunvermeidliche Entwicklung treibt zu den unerhörten blutigen Bürgerkriegen, sondern die Vertiefungen und Hemmnisse dieser Entwicklung, der Hunger nach Land und Nahrung, der die Menschen in Westeuropa, besonders aber in Süddeutschland und am Rhein, erfaßt hat. So erlebt das mittelalterliche Deutschland statt technischen und kulturellen Fortschritts blutige Bürgerkriege, Bauernkriege. Sie vernichten das alte Reich römischer Nation und die alte germanische Kultur.

Die Agrarkrise, die immer als Untergrund jenes gigantischen Klassenkampfes zu betrachten ist, findet später Ventil und Milderung durch Reduzierung der Bevölkerung, die in den Religions- und anderen Kriegen des 17. Jahrhunderts aufgerieben wird und sich von 16 auf 4 Millionen Seelen vermindert. Das war gewissermaßen eine „kapitalistische Lösung“. Durch sie wurde Acker, um den man früher gekämpft hatte, in Hülle und Fülle geschaffen. Nach dem 30jährigen Kriege lagen z. B. in Mitteldeutschland unangebaut große Ackerflächen jahrelang brach, weil es am Arbeitskräften und Menschen fehlte. Auch als die Bevölkerung im 19. Jahrhundert wieder rapide wächst, reicht die Nahrungsbede im allgemeinen aus, und zwar infolge Technisierung der Landwirtschaft, die sich im Anschluß an die Reformen der großen französischen Revolution durchsetzen konnte. Um 1850 herum wird das Land des großen

Tuberkulose-Merkblatt.

Das Reichsgesundheitsamt hat ein neubearbeitetes Tuberkulose-Merkblatt herausgegeben, aus dem wir hier zwei Abschnitte wiedergeben:

A. Was ist die Tuberkulose?

Die Tuberkulose ist die verberlichste aller übertragbaren Krankheiten. Kein Land, keine Volksklasse, kein Alter, kein Beruf wird von ihr verschont. Im Verlaufe des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit hat sie in Deutschland in bejammernswerter Weise zugenommen. Man schätzt die Zahl der an tuberkulösen Tuberkulosen im Deutschen Reich zurzeit auf über 200.000. Es starben hier innerhalb des Jahres 1922 im Alter von 15 bis 60 Jahren insgesamt rund 274.000 Personen, darunter allein 67.000 (= 24,8 Proz.) an Tuberkulose. Also ungefähr ein Viertel aus dieser Altersgruppe in Deutschland starb an der Tuberkulose. Diese Krankheit ist durch Ansteckung (Infektion) mit den von Robert Koch im Jahre 1882 entdeckten Tuberkulosebakterien hervorgerufen. Kleinsten, für das bloße Auge unsichtbaren Lebewesen niederster Art. Sie befallen meist die Lungen, unter Umständen kann aber jedes andere Organ des Körpers von ihr ergriffen werden. So gibt es unter anderem eine Tuberkulose der Tränen, des Darmes, der Nieren, der Knochen und Gelenke, der Haut (Miliartuberkulose). Breitet sich die Tuberkulose innerhalb des ganzen Körpers aus, so spricht man von „allgemeiner“ oder „Miliartuberkulose“.

Die Hauptquelle für die Weiterverbreitung der Krankheit stellen diejenigen an Lungentuberkulose Leidenden dar, die beim Husten oder in ihrem Auswurf die Krankheitserreger ausscheiden. Es liegt dann „offene“ Tuberkulose vor im Gegensatz zur „geschlossenen“ Tuberkulose, bei welcher der Kranke keine Tuberkulosebakterien ausscheidet.

Angefaßt von der starken Verbreitung der Tuberkulose im Volk ist jeder Mensch der Gefahr ausgesetzt, den Keim der Krankheit in sich aufzunehmen. Jeder heberbergt ihn seit langer Zeit, ohne es zu wissen. Eine erhebliche Zahl der Leiden von Personen, die an anderen Krankheiten gestorben sind, zeigt im Autopsie-Befund überhandnende Tuberkulose.

Nicht jede Ansteckung muß aber zu einer Erkrankung führen. Ein gesunder kräftiger Körper wird mit wenigen, nur gelegent-

lich und vielleicht schon in abgeschwächtem Zustand in ihn eindringenden Tuberkulosebakterien verhältnismäßig leicht fertig, ja, er erhält dadurch unter Umständen sogar einen gewissen Schutz gegen spätere Infektionen. Tritt die Infektion aber einen geschwächten Körper oder erfolgt sie oft und sogar mit zahlreichen früh ausgeschiedenen Bakterien, so werden auch die stärksten Abwehrkräfte verlagert.

Da die Tuberkulose, ausgenommen die sogenannte galoppierende Schwindtuberkulose und die Miliartuberkulose, meist langsam verläuft, so tritt sich die Ausbreitungsmöglichkeit durch jeden Bakterien ausscheidenden Tuberkulösen über viele Jahre. Für seine nähere Umgebung (Angehörige, Mitarbeiter) besteht also bei nicht zweckmäßigem Verhalten des Kranken die Gefahr einer „Infektion“ in Form von Zeiträumen sich wiederholenden Aufnahme von Krankheitskeimen. Ganz besonders gefährdet sind die kleinen Kinder, weil sie mit den sie pflegenden Personen in besonders enge Berührung kommen und weil ihr ganzer Körper noch in der Entwicklung steht.

B. Wie schützt man sich vor Tuberkulose?

1. Der Mensch, auch der schwächste und armste, kann locustisch dazu beitragen, sich vor der Erkrankung zu schützen, wenn er die Gefahr bewußt ist und sein Verhalten danach einrichtet.

2. Kinder, namentlich solche der ersten Lebensjahre, sind durch die Tuberkulose am stärksten gefährdet und daher sorgfältig vor Ansteckung zu bewahren. In vielen Fällen ist die Tuberkulose der Erwachsenen auf eine in der Kindheit erfolgten Ansteckung zurückzuführen.

3. Die Größe der Ansteckungsgefahr und die schlimmen Folgen der eingetretenen Ansteckung machen den Kampf gegen die Tuberkulose zur Pflicht nicht nur des Staates und der Gemeinden, sondern auch jedes einzelnen im Volk.

I. Maßregeln gegen die Uebertragung der Tuberkulose.

1. Es muß nach Möglichkeit vermieden werden, daß ein Tuberkulöser, der bakterienhaltigen Auswurf hat, sofern er nicht zur Behandlung in einer Heilstätte oder in einem Krankenhaus untergebracht werden kann, mit seinen Angehörigen und Wohnungsgenossen, besonders aber mit kleinen Kindern dauernd in enger Berührung steht. Soweit es durchführbar ist, sollte ein

solcher Kranker mindestens sein eigenes Schlafzimmer haben; in keinem Falle darf er sein Bett oder seine sonstige Lagerstätte mit anderen Personen oder gar mit Kindern teilen. Die Frage, ob ein Kranker Tuberkulosebakterien ausstößt, ist sowohl für ihn selbst wegen seiner rechtzeitigen ärztlichen Behandlung als auch für seine Umgebung wegen der zu treffenden Vorkehrungen von der größten Wichtigkeit. Daher ist in allen verdächtigen Fällen möglichst bald für eine ärztliche Untersuchung einschließlich einer Untersuchung des Auswurfes Sorge zu tragen.

2. Jeder, mag er gesund oder krank sein, sollte für geistige Belebung des Auswurfes, weil dem Auswurf nie ausgetrieben werden kann, ob er Tuberkulosebakterien enthält oder nicht. Also nicht auf den Boden hufen, namentlich nicht in geschlossenen Räumen (auch nicht in Straßen- und Eisenbahnwagen) oder auf verkehrsreichen Wegen! Tuberkulöse sollten ihre eigenen St- und Trinkgeräte sowie eigenes Waschgerät und Handtuch haben! Die von ihnen benutzten Taschentücher, Leinwand usw. müssen nach beendeter Benutzung alsbald desinfiziert werden, was leicht durch gründliches Auskochen geschehen kann.

3. Reinliche Sauberkeit herrsche bei der Zubereitung und Aufbewahrung (Schutz gegen Fliegen!) sowie beim Genuß der Speisen, namentlich solcher, die roh genossen werden! Milch muß, sofern sie nicht ärztlich für einwandfrei erklärt ist, vor dem Genuß abgekocht werden. Die gekochte Milch ist, vor Verunreinigung geschützt, kühl aufzubewahren.

4. Die Hände einschließlich der Nägel, die Nägel nebst der Mundhöhle sind häufig und gründlich zu säubern. Wasche die Hände namentlich auch vor jeder Mahlzeit, ebenso wie nach jeder Stuhlentleerung! Das Einführen von Fingern in Mund oder Nase sowie das Kratzen im Gesicht ist zu unterlassen!

5. Wo Pflicht und Beruf den Verkehr mit Tuberkulösen fordern, lasse die gebotenen Vorkehrungsmaßregeln nicht aus dem Auge! Besiehe die eine Wohnung, in welcher vorher ein Tuberkulöser gelebt hat, so lasse sie zuvor reinigen und desinfizieren.

II. Maßregeln zur Kräftigung des Körpers.

Niemals wird es gelingen, alle Tuberkulosebakterien abzutöten; deshalb ist es unerlässlich, den Körper so zu kräftigen und abzuwehren, daß die eindringenden Krankheitserreger ihm möglichst wenig anhaben können. Die Hauptmittel sind:

Bauernkrieges von viermal so viel Menschen bewohnt, als vor 7 Jahren, vor dem großen Überfall der Bürgerkriege. Trotzdem kann die Landwirtschaft dieses Landes die Bevölkerung ernähren und sogar landwirtschaftliche Erzeugnisse in größten Mengen ausführen. Deutschland ist ja bekanntlich bis nach dem Krieg von 1870 ein Agrar-Exportland geblieben. Die Ergebnisse waren aber nur durch die Fortschritte der Technik und durch die soziale Neuordnung um die Jahrhundertwende zu erklären.

Betrachtet man den Bauernkrieg von dieser Seite, so stellt er sich als das Werk einer rücksichtslosen Herrscherschaft dar, die in Schlachten und Gefechten den Klassenkampf, Fortschritt und Entwicklung, wohl niederschlugen, aber nicht hemmen konnte.

„Ich bin unpolitisch!“

Schlachtworte pflanzen sich bekanntlich mit lawinenhafter Schnelligkeit fort. Stimmlos werden sie nur nachgeplappert von Menschen, die der Suggestivkraft dieser Worte erliegen, ohne sich über deren geistigen Inhalt klar geworden zu sein. Sie können einerseits ebenso auftrübend und heilsam wirken, als sie auf der anderen Seite den Stumpfsinn züchten. In dieser letzteren Gattung gehört der in unserer Gegenwart von allen Spießhaken und Halbescheitern so oft ge- und mißbrauchte Satz: „Ich bin unpolitisch.“ Diese Worte werden viel gebraucht von Leuten, die sich tatsächlich einbilden, unpolitisch zu sein, vielmehr aber wird es in Anwendung gebracht von jenen Wölfen im Schafspelz, die damit auf den Dummensinn ansprechen. Glücklicherweise hört man die Phrase in den Reihen der Republikaner und Sozialisten so gut wie gar nicht. Für jeden anständigen Menschen ist es eben widersinnig und unaufrichtig, sich anders zu geben, als man ist. Insbesondere ist es das heilige Bürgerrecht, die sogenannten besseren Leute, auch Mittelstand genannt, das sich dieser Ausdrucksweise bedient. Trotzdem diese Schichten sich mit Vorliebe die „gebildeten“ nennen, sind sie geistig ein Proletariat, d. h. sie sind politisch-geistig ohne Besitz. Sie tun also unpolitisch nur den „Leuten“ gegenüber — versteht sich — unter sich ist man selbstverständlich demokratisch. Aufgeklärter so wie Hindenburg, der neue Präsident der deutschen Republik, der bisher sein unpolitisches Wesen nach allen Seiten bei jeder Gelegenheit betonte, sonst aber bei den Deutschenationalen einflussreichstes Mitglied ist. Was Wunder also, daß er die Herzen der „Unpolitischen“ im Sturm eroberte. Dummheit ist eben das erste Privileg der Reaktion. Ob sich die Tragzieher der Reaktion, wenn sie unter sich sind, auch gegenseitig versichern, daß sie unpolitisch sind, konnte leider noch nicht festgestellt werden. Auch die beiden Inneren oder Schlotbarone, die sich gegenseitig einreden, die Politik verdirbt den Charakter“, müssen erst noch entdeckt werden. Das erzählt man bloß seinen „Leuten“ und Untertanen, die man für so dummlich hält, daß man glaubt, ihnen solche dumme Phrasen bieten zu können. Wenn die Reaktion die Redensart von dem „durch Politik verdorbenen Charakter“ auf ihre eigene „goldene“ Jugend anwendet, ist sie damit allerdings, wie die Vorgänge der letzten Jahre beweisen, ziemlich im Recht. Es kann also nicht oft genug betont werden, die Phrasen: „Ich bin unpolitisch“, ist eine der blödesten, die jemals gedroht worden sind. Dem Volke soll eben die Dummheit erhalten bleiben. Der politische Mensch jedoch ist der den Menschen, der wissende Mensch. Nicht der Mensch, der den Nationalpolitik und Kammergeschrei betreibt, auch mal die Zeitung liest, sondern der Mensch, der durch die Hilfe der großen Denker und Philosophen aller Zeiten sich in den Stand setzt, das Weltgeschehen erkenntnistheoretisch zu bewerten und zu begreifen! Im Staat des Plato ist der Philosoph, der Denker, gleichbedeutend mit dem Herrschenden. Was den Philosophenschulen erwachsen diejenigen, die den Staat lenken. Und Aristoteles nennt den Menschen ein „zoon politikon“, ein „politisches Tier“, also ein Wesen, das nur in der Gemeinschaft zu leben vermag. Die treibenden Kräfte im Einzelwesen, im Stamm, in der Rasse sowohl, als auch die Triebkräfte und die Entstehungsursachen der Rassen zu erkennen und zu verstehen, ist Pflicht eines jeden, der nicht unpolitisch sein will. Die großen Philosophen aller Zeiten bis zu den großen Gesellschaftstheoretikern Marx und Engels verstehen ihn dabei mit glänzendem Mißlingen. Jeder freigeistige Mensch hat die Pflicht, die Phrasen der „Unpolitischen“ in ihrer Sophistik aufzudecken und den Mächten entgegenzutreten, die die Produktion des geistigen Alkohols betreiben und zu verbreiten. Nicht minder anmaßend gilt es das Meer derer, die in dickerlicher Spießhakenhaftigkeit alles „unpolitisch“ über sich ergehen lassen. — Die „schönen“ Radiovorleser, diese nette „Aufklärungsfabrik“, wo man in einem Vortrag über Jähwut oder das Klima in Winterpommern schmuddeligen Nationalismus vorgelesen bekommt, der sich bekanntlich in Filzanzweifeln bei Kamillentee in der Sofaecke am besten verbaut, die liebe nationale, aber trotzdem unpolitische Presse, die deutschen „Volksblätter“ von Rudolf Herzig bis zur Carlshaus-Mahler — das sind die Lebensglieder eines großen Teiles der deutschen Volksgenossen. Ungehörige des Volkes der Dichter und Denker. Nicht geistige Trägheit, nur geistiger Kampf, Kampf der Erkenntniswollenen kann die

Einfache und kräftige Nahrung. Vermeide Leckereien, betäubende Getränke und Tabak!

Eine der Luft und dem Licht gut zugängliche Wohnung; besser, sie liegt vor als mitten in der Stadt; nimm das beste Zimmer zur Schlafkammer.

Halbare, einfache Kleidung aus nicht zu dicht gewebten Stoffen, weder zu warm noch zu kühl, bei ruhigem Verhalten oder bei starker Tätigkeit sei sie wärmer als bei Bewegung; unterlasse Mobelarbeiten, welche die freie Bewegung des Körpers beeinträchtigen, z. B. übermäßiges Schnüren durch Morsett oder Leibriemen.

Bei der ganzen Lebenshaltung tiefe Reinlichkeit und Ordnung voran! Wasche täglich den ganzen Körper mit mäßig kaltem Wasser oder reibe ihn schnell mit einem rauhen feuchten Luche ab, laß fleißig, sei es unter der Brause, sei es in der Wärme oder der Schwimmbad, halte Haare und Bart, Zähne und Mund sowie Hände und Nägel sauber! Achte bei geschlossenem Munde durch die Nase; diese ist das natürliche Filter für Unreinlichkeiten und Schadstoffe. Ist die Nasenatmung bauernd erschwert, so laß dich durch den Arzt untersuchen; das Hindernis ist oft leicht zu beseitigen.

Bei deiner Arbeit beachte die allgemeinen Gesundheitsregeln. Die arbeitsfreie Zeit wende an zur Kräftigung der Körperteile, welche bei der Arbeit selbst weniger Gelegenheit hatten, sich zu üben! Bewege dich außerhalb der bewohnten Orte! Mache in freier Luft oft langsame, tiefe Atemzüge mit in die Seiten gestreckten Händen oder mit wagerecht ausgestreckten und langsam nach oben und hinten rollenden Armen! Habe im Sommer in reinen, freien Gewässern, nimm auch Luft- und Sonnenbäder, vermeide aber auch hier jedes Übermaß. Wechsle durchwässerte Kleider und Schuhe! Träume von Lebewesen — namentlich Freilebungen — den Körnerverhältnissen angepaßt, unterstützt durch Fußmärsche, Ballspiele, mäßiges Radfahren, Rudern, Schwimmen u. dergl. sind bewährte Bundesgenossen im Kampfe gegen die Tuberkulose. Geh in den Kleingarten statt ins Wirtshaus. In der freien Natur holst du dir kostenlos Kräftigung.

Suche rechtzeitig das Bett auf! Meide Ausschweifungen jeder Art! Sie zerstören in kurzem, was in langem erungen wurde.

Menschheit empor führen. Im modernen demokratischen Staat insbesondere ist jeder Bürger mitspielende Figur, ob er sich nun dessen bewußt ist oder nicht. Meist wird nur der sein, der den Willen hat, vom bloßen Objekt der Gesetzgebung zu subjektiver Erkenntnis und tätigen politischen Mitarbeit zu reifen. Deshalb fort mit dem scheinheiligen unpolitischen Betrug. Wer da will, daß Licht werde in der Menschheit, der muß dafür sorgen, daß das Wort: „Ich bin unpolitisch“ überhört wird von dem alten, auftrübenden Kampfruf: „Wissen ist Macht!“ Nur die eindringlich und hingemäße Anwendung dieses Geheißes kann den arbeitenden Menschen die geistige Emanzipation bringen, die die Voraussetzung ist zur endgültigen ökonomischen Befreiung. S. St.

Zu dem Thema „Unpolitisch“ läßt sich noch manches sagen. Wir erörtern es notwendig, auch darauf zu verweisen, daß es auch noch Arbeiter gibt, die in mancher Beziehung unpolitisch sein wollen und sogar den Glauben haben, es zu sein. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich eines Gesprächs dreier Lehrer beim Mittagstisch in einem Hotel einer oberpfälzischen Stadt. Der eine der Herren gab seine Mißbilligung zum Ausdruck, daß die Arbeiter eigene Turnvereine gründen und so die deutschen Volksträfte zersplittern. Seine Vereinsbrüder trieben doch wirklich keine Politik, und auch er als Turnwart habe streng darauf, daß keine Politik getrieben werde; er könne wirklich sagen: Sein Verein sei unpolitisch.

Die beiden daneben sitzenden Kollegen waren keine Sozialisten, aber aufsteigend durch Lebenserfahrungen etwas aufgeklärter. Sie gaben ihrem Kollegen zu verstehen, daß selbst hinter den sogenannten unpolitischen Vereinen ja die politisch eingestellten Zentren und ihre Hintermänner stehen, deren Bestrebungen auf allen Gebieten den Arbeitern den Anstoß geben, eigene Vereine mit eigenen Zielen und Zwecken zu gründen. Er werde z. B. nie finden, daß einem befähigten Arbeiter in irgendeiner sogenannten unpolitischen Organisation ein einflußreicher Posten an der Spitze überlassen werde. Die Arbeiter seien von den sogenannten Unpolitischen auf die Bahn gedrängt worden und handelten sehr geschickt, wenn sie sich aus eigener Kraft zur Selbstständigkeit entwickelten.

Man sieht daraus, wie aufrichtige Gegner die Sache der Arbeiter beurteilen und wie sie selbst erkennen, daß es unpolitische Vereine kaum gibt.

Im Nachbarstädtchen erzählte mir ein Angestellter eines größeren Werkes beim Besuchen der Fabrikantene, wie gemüht und stimmungsvoll sie manchmal, trotz gesellschaftlicher Unterschiede, beisammen saßen und genussreiche Stunden verbrachten. Es gehe dabei ganz unpolitisch zu und so ungeniert, daß jeder fangschüssige, musikhungrige oder künstlerisch veranlagte Arbeiter mitmachen könne.

Also auch hier wieder die Betonung des Unpolitischen, an das leider noch eine Anzahl Arbeiter und Angestellte glauben. Täglich können Erfahrungen in dieser Beziehung gesammelt werden. Es ist leider so: Ein Teil Arbeiter und Angestellte hat heute noch nicht begriffen, daß alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, Proletariat (Besitzlose) sind und als solche sowohl Würde aufbringen müssen, offen als Glieder der proletarischen Klasse zu gelten, die eigene Wege zu gehen hat, mag es in wirtschaftlicher, politischer, gesellschaftlicher und kultureller Beziehung sein. Genau so wie jeder Unternehmer und Unternehmervertreter seinen Klassenstandpunkt wahr, hat auch jeder Arbeiter und Angestellte die Pflicht, zu seiner Klasse zu stehen, sie zu unterstützen und für ihre Emporentwicklung zu kämpfen.

Bekenntniswille haben, ist Ehrenpflicht für alle Arbeitenden. E. M.

Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Deutschnationale und volksparteiliche Matrike vor dem Reichstag fordern den weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Diese ist aber durch die Dritte Steuernotverordnung wie durch das Reichsmietengesetz und Mieterchutzgesetz bereits sehr weitgehend abgebaut. Die Angleichung der Mieten an die Friedensmieten schreitet vorwärts. Ende Dezember 1924 haben sich die Mieten gegen Februar 1924 vermindert und betrugen in Preußen 66, Bayern 63, Württemberg 70, Sachsen 67, Thüringen 74, Lübeck 85 Proz. der Friedensmiete. Diese Angleichung schreitet seitdem vorwärts. Der Staat für möblierte Zimmer wurde in einer Anzahl von Ländern, darunter Preußen, Bayern, Württemberg, Thüringen, Hessen, abgebaut. Nur bei Nebenbenutzung ist noch der Staat der Untermieter gewahrt geblieben. Teile übergrößer Wohnungen dürfen in Preußen, Bayern, Hamburg und Lübeck nicht mehr beschlagnahmt werden. Die Mietwohnungen waren bereits im Mieterchutz- und Wohnungsmangelgesetz nicht genug geschützt. Die Freimachung der Mietwohnungen wurde erleichtert; die Durchführung der Zwangsversteigerung kann unter anderem auch erfolgen, ohne daß ein Erlösraum sichergestellt ist. Die Beschlagnahme von leerstehenden Mietwohnungen kann nur in bestimmten Ausnahmefällen erfolgen. Die oben erwähnten Reichstagsanträge fordern aber einen noch weitergehenden Abbau. Sie wünschen die Herstellung der Friedensmiete bereits auf Juli 1925 und vollständige Angelegenheiten des Hausbesitzers bei neuen Mietverträgen. Nach dem Antrag vom Abgeordneten Brecht soll die Kündigung der Wohnung, auch wenn keine besonderen Gründe vorliegen, erlaubt werden, wogegen der Mieter beim Amtsgericht nur einen Kündigungsantrag beantragen kann. Dieser Antrag läuft auf die völlige Aufhebung des Mietverhältnisses hinaus. Andere Anträge fordern, daß freiverwendbare Räume an beliebige Personen vergeben werden dürfen. Es soll hier noch die Stellungnahme des Wohnungsausschusses des Reichsmietengesetzes erwähnt werden. Diefem zufolge sollen 20 Proz. der Friedensmiete (bei deutschnationalen Anträgen zufolge nur 15 bzw. 10 Proz.) als Hauszinssteuer der Wohnungswirtschaft zur Verfügung gestellt werden, wovon 80 Proz. als Darlehen für Neubauten, 15 Proz. für die Reparatur von Mietwohnungen und 5 Proz. zur Unterstützung zahlungsunfähiger Mieter verwendet werden sollen.

Löhne und Kapitalbildung.

Der Hauptausdruck der deutschen Arbeitgeberverbände wendet sich in seiner Rundgebung gegen Lohnsenkungen, welche die für die Volkswirtschaft notwendige Kapitalbildung unterbinden würden. Es ist für uns selbstverständlich, daß sich die Arbeitgeberverbände die Senkung des Lohnes, das „Kapitalbildung“ nicht entgegenstellen. Sind wir doch schon seit Monaten und Jahren gewöhnt, daß niedrige Löhne, hohe Verbrauchs- und Lohnsteuern, niedrige Beihilfen, hohe Mieten und was nicht alles sonst in der Welt mit dieser Forderung begründet werden. Die Erkenntnis aber, daß dieser Weg der Kapitalbildung ein verwerflicher ist, fängt an, auch in anderen als Arbeitnehmerkreisen sich Bahn zu brechen. So verdienen die Ausführungen der Zeitschrift „Der Kaufmann in Wirtschaft und Recht“ mitgeteilt zu werden. Es heißt dort: „Selbstverständlich lehrt in der Rundgebung der Arbeitgeberverbände auch die Behauptung nieder, daß in Deutschland das Betriebskapital durch Sparlichkeit im Konsum, das heißt durch niedrige Löhne,

neugebildet werden müsse. Mein wirtschaftlich betrachtet, ist es falsch, daß dies der einzige Weg zur Kapitalbildung sei. Die volkswirtschaftliche Kapitalbildung ist auch am breitesten Baue möglich und dann allerdings nur bei hohen Löhnen. Löhne er aus sozialen und politischen Gründen bedenklich ist, wenn das neu sich bildende Kapital sich nur in wenigen Händen anammelt, braucht man eigentlich nicht noch einmal betonen.“ Und weiter: „Wir glauben es den Arbeitgebern gern, daß ihr Leben geistiger und behaglicher wäre, wenn der Kampf um eine Erhöhung des Lohnniveaus aufhörte. Aber wir können ihnen nicht helfen; die Löhne müssen in Deutschland nicht nur aus sozialer, sondern höher werden, es erhebt uns auch, für die gesamte Volkswirtschaft nützlich, wenn der von den Arbeitnehmern ausgehende Druck das deutsche Unternehmertum vor dem Einfließen höherer und zu immer neuer Energieentfaltung auf dem Gebiet der Technik und Organisation anspornt.“

Der IGB und der Großkampf in Dänemark.

Im Zusammenhang mit der am 7. und 8. Mai in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 8. Mai vom Bericht des nach Kopenhagen entsandten Sekretärs über den Stand der Ausföhrung in Dänemark Kenntnis genommen.“

Auf Grund des erstatteten Berichtes fordern wir die Landeszentralen und internationalen Berufssekretariate noch einmal, alle ihre Kräfte zugunsten der Kampfbewegung einzusetzen und dafür zu sorgen, daß der Dänische Gewerkschaftsbund sobald als möglich in den Besitz der nötigen Summen gelangt, um seinen Kampf fortsetzen zu können.

Die Exekutiven einiger Organisationen haben bereits große Beträge nach Dänemark überandt; überdies in der IGB im Besitz von Besuchen verschiedener Länder, die binnen einigen Tagen größere Summen zur Verfügung stellen werden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Berlin hat bereits 400 000 Goldmark beigesteuert, der Niederländische Gewerkschaftsbund leistet aus seiner Kasse einen Beitrag von 25 000 fl. Außerdem werden andere Organisationen einen Teil ihrer Mitteln zum Kampf zur Verfügung stellen, damit dieser Kampfabzug nicht wegen Mangel an finanziellen Mitteln verloren geht. Unsere dänischen Kameraden haben in der Vergangenheit in der Unterstützung der Arbeiter anderer Länder so große Beweise ihres Solidaritätsgefühls an den Tag gelegt, daß sie auf die sofortige und weitgehende Hilfe der Organisationen der verschiedenen Länder Anspruch erheben dürfen.“

Für den Vorstand des IGB: M. M. Purcell, Vorsitzender. K. Endegeest, Sekretär.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre ist in diesem Jahr der Genosse Josef Simon Vorsitzender des Schuhmacherverbandes. Im Jahre 1900 wurde er an die Spitze berufen und schon im Jahre 1907 Sekretär der Internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Union. Als sozialdemokratischer Abgeordneter gehörte er von 1907 bis 1918 dem bayerischen Landtag an. Seit 1912 ist er Mitglied des Reichstages. In diesem Moment vollendet Genosse Simon sein 60. Lebensjahr und im November d. J. ist er 40 Jahre Mitglied seines Verbandes. Genosse S. hat ein reiches Arbeiterleben hinter sich und verdient die ihm dargebrachten Gratulationen anlässlich seiner Jubiläum im vollen Maße.

Der Vorsitzende des Hangerwerkes, Genosse Fritz Paepelow, vollendete am 17. Mai d. J. sein 65. Lebensjahr. 33 Jahre ist er Organisationsmitglied. Seit 1896 steht er im Dienste der Bauarbeiterorganisation. Bis zum Jahre 1906 war er Redakteur des Grundstein, dann wurde ihm der Posten des leitenden Sekretärs und ab 1913 der des 1. Vorsitzenden übertragen. „Der Grundstein“ ehrte den Jubilar durch einen schönen Geburtstagsartikel mit Bild.

Abstimmung der Glasarbeiter.

Bei der Abstimmung des Glasarbeiterverbandes wegen der Verschmelzung mit dem Hangerwerkes wurden von 25. Wahlstellen 28 150 Stimmen für und 7673 Stimmen gegen die Verschmelzung abgegeben.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 7. und 8. Mai 1925.

Auf der am 7. und 8. Mai in Amsterdam abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des IGB wurde u. a. ein Entwurf betr. die Errichtung eines internationalen gewerkschaftlichen Jugendkomitees aufgegeben, desgleichen der Entwurf, betr. die organisatorischen Beziehungen zwischen dem IGB und den internationalen Berufssekretariaten, der einer Konferenz der internationalen Berufssekretariate unterbreitet werden soll. Von den Vorschlägen für eine Sitzung der Kommission zur Untersuchung der Frage der Vertretung in der Metallindustrie wurde Kenntnis genommen, ferner von verschiedenen geplanten Schritten zur Bekämpfung von Krieg und Militarismus. Die Lage der Ausföhrung in Dänemark wurde ausführlich besprochen und beschlossen, den Kampf mit allen Kräften zu unterstützen. Zur Teilnahme an der am 27. Juli in London anberaumten Arbeitskonferenz der britischen Dominions und am englischen Gewerkschaftskongress (7. September in Scarborough) wurde Brown, als Delegierter des IGB am Kongress des Deutschen Anstelltenbundes (MAG) vom 14.—17. Juni in München Delegee und am Internationalen Gutmacherkongress vom 15.—19. August in Paris Joubert beauftragt. Die nächste Vorstandssitzung wird am 29. und 30. Juni stattfinden.

Genossenschaftliches.

Genossenschaftliche oder kapitalistische Wirtschaft?

Diese Frage beantwortete der 10. Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine in einer Entscheidung, die bereits der Generalrat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine angenommen hatte und in der kurz, aber prägnant das Wesen genossenschaftlicher Warenabgabe und Eigenproduktion zum Ausdruck gebracht wird. Ausgehend von der Tatsache, daß die Mitglieder der Konsumvereine die Träger der genossenschaftlichen Betätigung sind und daß von deren Eifer und Leistungen das Gedeihen und die Erfolge der organisierten Wirtschaft abhängen, wird die Mahnung ausgesprochen, jedes Abgehen von diesem Grundgedanken sozialer Wirtschaft zu vermeiden. Nicht allein, daß ein Aufgeben der Grundlagen organisierter Warenverteilung und der darauf beruhenden Eigenproduktion eine prinzipielle Verneinung des Wesens der Genossenschaften ist, sind damit Gefahren verbunden, denen sich Genossenschaftler unter keinen Umständen aussetzen dürfen, wenn sie nicht das Interesse der organisierten Verbraucher preisgeben und das Risiko der von ihnen geleiteten Unternehmungen vergrößern wollen. Im Gegensatz zur privatkapitalistischen Wirtschaft, die für den offenen Markt, das heißt für jedermann produziert und an jedermann verkauft, dabei aber das Risiko auf die Masse der wirtschaftlich Schwachen abwälzt, ist es Zweck und Aufgabe der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, den Konsum zu organisieren, durch die Ausschließung der Konkurrenz das Risiko auf Null zu reduzieren.

